

CDU-Kreisverband hofft auf Unterstützung durch Ministerpräsident Wulff

Nach dem Mastenbruch im Münsterland hält Hans Hubmann die Forderung, die Stromleitung unterirdisch zu bauen, für berechtigter denn je

HARPSTEDT/LANDKREIS (boh)

• „Umweltschonend erzeugte Energie muss auch umweltschonend transportiert werden. Das ist unsere zentrale Forderung. Und das gelingt nur durch eine Erdverlegung. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, wie berechtigt diese Forderung ist, dann ist es der Stromausfall im November im Münsterland“, schreibt der CDU-Kreisvorsitzende Hans-Heinrich Hubmann (Ganderkesee) in einem Brief an Ministerpräsident Christian Wulff vor dem Hintergrund der geplanten 380-KV-Leitung von Ganderkesee nach St. Hülfe.

Er nimmt damit Bezug auf einen Antrag des Kreisverbandes der Union, den der CDU-Landesparteitag Oldenburg bereits am 5. März an die CDU-Landtagsfraktion verwiesen hatte und der die unterirdische Verlegung der 380-KV-„Stromautobahn“ zum Ziel hat.

Hubmann hinterfragt den Bedarf der Hochspannungsleitung, kritisiert den hierzulande „zu hohen“ Grenzwert für die zulässige Belastung durch magnetische Feldstärken, schildert gesundheitliche Gefahren durch Elektrosmog sowie Probleme für die Landwirte, die sich mit dem

Bau einer Freileitung ergeben würden (etwa Beeinträchtigungen bei der Planung von Stallbauten), wertet das Oswald/ForWind-Vergleichsgutachten aus und benennt Defizite der Studie, regt die Verlegung einer gasisolierten Leitung (GIL) an und richtet an „die Politik“ die Forderung nach einem „Gesamtkonzept“ für die Ableitung der an der Küste und auf hoher See erzeugten Energie: „Es kann nicht sein, dass verschiedene Netzbetreiber Anträge auf Freileitungen stellen, die getrennt voneinander bearbeitet werden. Hier muss das Land

Niedersachsen raumordnerisch eingreifen.“ Der Bund sei für die Genehmigung von Offshore-Windparks zuständig, das Land für die Ableitung des Stroms. Der Netzbetreiber sei wiederum „Auftragnehmer des Landes“, Hubmann: „Es ist wenig hilfreich, wenn der eine die Schuld auf den anderen schiebt. Im Interesse der hier lebenden Menschen muss gefordert werden, dass Bund, Land und Netzbetreiber gemeinsam nach für Mensch und Natur verträglichen Lösungen suchen. Zum Ausbau der Windenergie – offshore – gehört auch der

Netzausbau. Beides muss gemeinsam beraten werden. Wir halten eine Zusammenarbeit hier für dringend notwendig, denn Opfer sind bei unüberlegter Planung Mensch und Natur und ganz sicher nicht der Netzbetreiber. Eine Gesamtnovellierung des Landesraumordnungsprogramms muss noch 2005 eingeleitet werden.“ Bis die Änderung greife, sollte, so der Kreisvorsitzende, das Raumordnungsverfahren für die 380-KV-Trasse ausgesetzt werden. An einer anderen Stelle des Briefes lässt Hubmann keinen Zweifel daran, was er und die Kreis-CDU

von Christian Wulff erwarten: „Wir gehen davon aus, dass Sie (...) vor Ort, im Raum Münster-Osnabrück, waren und Sie sich den Zusammenbruch der Freileitungen und die Folgen angesehen haben. Wie der Presse zu entnehmen ist, suchen Sie das Gespräch mit dem Netzbetreiber. Wir wissen nicht, in welche Richtung dieses Gespräch geht, hoffen aber, dass Sie als Niedersächsischer Ministerpräsident und stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender jetzt auch vom Netzbetreiber E.ON die Erdverlegung für diese Trasse fordern.“